



Amt Lützow-Lübstorf

- Der Amtsvorsteher –

Niederschrift

(vorbehaltlich der Genehmigung, Ergänzung bzw. Korrektur in der nächsten Sitzung)

über die	Amtsausschusses Lützow-Lübstorf
Sitzungstermin:	05.11.2025
Sitzungsbeginn:	19:00 Uhr
Sitzungsende:	21:55 Uhr
Ort, Raum:	Feuerwehr Lützow, Lindenallee 19, 19209 Lützow

Anwesend

Herr Jörg Haase	
Frau Bärbel Eichenbrot	bis 20:27 Uhr
Herr Sven Baltrusch	
Herr Michael Gräning	
Herr Tino Just	ab 20:40 Uhr
Herr Nando Kallweit	
Herr Hartmut Lepp	
Herr Frank Mennerich	
Herr Björn Oelze	
Frau Dr. Anne Ringlepp	
Herr Hansjörg Rotermann	
Frau Christina Schmeichel	
Herr Jürgen Unger	
Herr Tino Waldruff	
Herr Claus Wergin	
Frau Rita Habicht	
Herr Michael Pagel	
Herr Philip Zietzling	Vertretung für Herrn Alexander Dutz
Herr Björn Kanning	LVB
Frau Kathleen Osgarth	FDL 1
Herr Martin Pflughaupt	FDL 2
Frau Janine Weber	FDL 4
Frau Kathrin Ahrens	Protokollantin

Gäste

2 Einwohner

Abwesend

Herr Alexander Dutz
Herr Frank Konkol
Herr Erwin Redweik

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung	Vorlage
1	Begrüßung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit	
2	Änderungsanträge zur Tagesordnung	
3	Bericht des Amtsvorstehers, der Ausschussvorsitzenden sowie der Vorstandsmitglieder der Zweckverbände	
4	Einwohnerfragestunde	
5	Änderungsanträge zum Protokoll der Sitzung vom 23.06.2025	
6	Änderungsanträge zum Protokoll der Sitzung vom 15.09.2025	
7	Stellvertretung des LVB im Zweckverband "Elektronische Verwaltung in M-V"	20/FD I/114/2025
8	Information zur weiteren Vorgehensweise zum Ausbau des Verwaltungsgebäudes	
9	Vorstellung Fachdienst II - Finanzen	
10	Entwurf des Haushaltsplanes 2026 für das Amt Lützow-Lübstorf	20/FD II/116/2025
11	Bericht des Leitenden Verwaltungsbeamten	

Nichtöffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung	Vorlage
12	Bericht des Amtsvorstehers, der Ausschussvorsitzenden sowie der Vorstandsmitglieder der Zweckverbände	
13	Bericht des Leitenden Verwaltungsbeamten	
14	Information zur Entwicklung der Gemeindewohnsitzanteile	
15	Anfragen der Ausschussmitglieder	

Öffentlicher Teil

TOP 1	Begrüßung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit	
--------------	---	--

Der Amtsvorsteher Jörg Haase begrüßt die anwesenden Mitglieder des Amtsausschusses, die Gäste sowie die Vertreter des Amtes und die Protokollantin.

Er stellt die ordnungsgemäße Ladung fest. Der Ausschuss ist mit 17 von 20 Mitgliedern beschlussfähig.

TOP 2	Änderungsanträge zur Tagesordnung	
--------------	--	--

Es gibt keine Änderungsanträge. Die Tagesordnung wird in vorliegender Form festgesetzt.

TOP 3	Bericht des Amtsvorstehers, der Ausschussvorsitzenden sowie der Vorstandsmitglieder der Zweckverbände	
--------------	--	--

Der Amtsvorsteher verliest seinen Bericht (Anlage 1).

Herr Sven Baltrusch berichtet über die Sitzung des Amtsentwicklungsausschusses am 27.10.2025. Im Rahmen der Digitalisierungsstrategie habe Herr Pflughaupt die Digitalfachverfahren des Fachdienstes 2 vorgestellt. Herr Kanning habe die bisherigen OZG-Leistungen des Amtes präsentiert, wobei festgestellt worden sei, dass das Portfolio noch ausbaufähig sei. Dies liege jedoch an der allgemeinen Entwicklung des OZG-Geschäfts. Es sei beschlossen worden, die Funktionalität der Mängelmeldungen über „KlarSchiff“ intensiver zu nutzen und dies über den Amtsboten zu bewerben.

Weiterhin sei über den „Dorffunk“ gesprochen worden, der künftig durch „Stadt.Land.Funk“ ersetzt werde. Die Technologie werde von einer süddeutschen Firma, die diese vom Fraunhofer-Institut lizenziert habe, bereitgestellt. Das Lizenzmodell orientiere sich an den Einwohnerzahlen, um auch kleinere Gemeinden zu erreichen. Ziel sei es, bis zum 01.11.2025 einen bestehenden Lizenzvertrag mit „Stadt.Land.Funk“ abzuschließen. Nutzer des bisherigen „Dorffunks“ könnten ihre Funktionalitäten in der neuen App wiederfinden.

Herr Michael Gräning informiert, dass der Rechnungsprüfungsausschuss Jahresabschlüsse 2023 von 7 Gemeinden geprüft habe sowie ein wichtiger Jahresabschluss 2024 für die Gemeinde Perlin fertiggestellt worden sei. Die Arbeiten würden planmäßig fortgesetzt.

Frau Bärbel Eichenbrot berichtet von der Schulkonferenz am 27.10.2025 in Lübsdorf, bei der sie Herrn Jörg Haase vertreten habe. Es sei ein Elternteil, Herr Gebauer, zum Vorsitzenden und die Lehrerin Frau Pawandenat zur stellvertretenden Vorsitzenden gewählt worden. Die Schulleiterin, Frau Pentzien, habe über die aktuelle Situation informiert. Derzeit seien 398 Schülerinnen und Schüler in 20 Klassen eingeschrieben, die von 24 Stammlehrern, zwei Gastlehrern und zwei externen Vertretungskräften unterrichtet würden. Alle Klassenräume seien mit digitalen Tafeln ausgestattet. Drei neue Lehrkräfte seien eingestellt worden, und ab dem 01.11.2025 werde Herr Moldenhauer die Position des Hausmeisters übernehmen. Es seien Klassenfahrten geplant und Vorschläge hierzu diskutiert und bestätigt worden. Im Bereich der Berufsorientierung würden die Schülerinnen und Schüler über ein halbes Jahr hinweg einmal wöchentlich in Unternehmen praktische Kenntnisse erwerben. Hinsichtlich der Fahrkosten sei das Deutschlandticket thematisiert worden. Zwei Drittel der Schülerinnen und Schüler, die weiter als 1,9 Kilometer von der Schule entfernt wohnen, erhielten dieses Ticket,

während die übrigen Schüler davon ausgeschlossen seien. Frau Pentzien habe angeregt, dies an den Landkreis weiterzugeben, um eine Gleichbehandlung zu erreichen.

Die Arbeitsschwerpunkte für 2025/2026 seien die Aktualisierung der Schulordnung, insbesondere im Hinblick auf den digitalen Umgang mit den genutzten Geräten, sowie die Überarbeitung und Anpassung der Schulhomepage.

Frau Christina Schmeichel berichtet, dass der Zweckverband Radegast am 15. Oktober getagt habe. In dieser Sitzung habe Frau Westphal den Monatsabschluss bis zum 30. September vorgestellt. Sie führt aus, dass die Wasserförderung leicht über den Vorjahreswerten liege, während die Einnahmen im Schmutzwasserbereich um 100.000 Euro niedriger seien als im Vorjahr. Weiterhin erläutert sie, dass der Wirtschaftsplan 2026 Investitionen in Höhe von über 1,5 Millionen Euro im Bereich Schmutzwasser vorsehe. Zudem seien erstmals seit 2015 Preisanpassungen nach oben erforderlich. Die Gebührenkalkulation für Schmutzwasser werde von 2,45 Euro auf 3,10 Euro pro Kubikmeter erhöht. Im Bereich Trinkwasser seien Investitionen in Höhe von 4,5 Millionen Euro für das Jahr 2026 geplant. In diesem Zusammenhang werde die Grundgebühr auf 10,85 Euro steigen, während der Verbrauchspreis ebenfalls auf 1,90 Euro pro Kubikmeter angehoben werde. Abschließend weist sie darauf hin, dass Tino Waldraff als Nachfolger für Herrn Wiegand vorgeschlagen worden sei..

TOP 4	Einwohnerfragestunde	
--------------	-----------------------------	--

Keine Fragen.

TOP 5	Änderungsanträge zum Protokoll der Sitzung vom 23.06.2025	
--------------	--	--

Es gibt keine Änderungsanträge. Das Protokoll wird in vorliegender Form gebilligt.

TOP 6	Änderungsanträge zum Protokoll der Sitzung vom 15.09.2025	
--------------	--	--

Es gibt keine Änderungsanträge. Das Protokoll wird in vorliegender Form gebilligt.

TOP 7	Stellvertretung des LVB im Zweckverband "Elektronische Verwaltung in M-V"	20/FD I/114/2025
--------------	--	-----------------------------

Sachverhalt/Begründung:

In seiner konstituierenden Sitzung hat der Amtsausschuss den Leitenden Verwaltungsbeamten, Herrn Björn Kanning, mit der Vertretung des Amtes in der Verbandsversammlung des Zweckverbandes „Elektronische Verwaltung in M-V“ betraut (gemäß §156 Abs. 2 KV M-V).

Notwendigkeit:

Sofern nicht der Amtsvorsteher Verhinderungsvertreter des LVB ist, ist die Stellvertretung durch den Amtsausschuss zu beschließen.

Beschluss Nr.: 12/2025

Beschluss:

Der Amtsausschuss entsendet **Herrn Martin Pflughaupt** als Verhinderungsvertreter für Herrn Björn Kanning in die Verbandsversammlung des Zweckverbandes „Elektronische Verwaltung in M-V“.

Abstimmungsergebnis:

Gesetzliche Zahl der Mitglieder:	20
Davon anwesend:	17
Ja-Stimmen:	17
Nein-Stimmen:	0
Stimmenthaltungen:	0

Bemerkung:

Aufgrund des § 24 Abs. 1 der KV M-V waren keine Mitglieder von der Beratung und Beschlussfassung ausgeschlossen.

TOP 8

Information zur weiteren Vorgehensweise zum Ausbau des Verwaltungsgebäudes

Herr Jörg Haase leitet zum Tagesordnungspunkt 8 über und verweist auf eine Anfrage aus der Arbeitsgruppe Haushalt. Es sei um eine Gegenüberstellung der Investitionskosten für den Ausbau des Verwaltungsgebäudes im Vergleich zu eventuellen Pflichtsanierungen gegangen. Zudem habe man Informationen zu möglichen zusätzlichen Kosten während der Umbauphase, wie etwa für Containerlösungen oder andere Arbeitsbedingungen der Verwaltungsmitarbeiter, angefordert. Darüber hinaus habe er die Verwaltung gebeten, die Kosten für das Gebäude in der Pokrenter Straße 3 B, das derzeit als Bauarchiv genutzt werde, zu ermitteln.

Herr Björn Kanning bestätigt die Darstellung und führt aus, dass die Arbeitsgruppe Haushalt die Investitionskosten für die Modernisierung des Amtsgebäudes, insbesondere die An- und Umbauvariante, diskutiert habe. Diese Variante sei bis zur Genehmigungsplanung (LPH 1 – 4) bereits im Amtsausschuss beschlossen worden. Er erläutert anhand einer Präsentation (Anlage 2), dass die Fragestellungen zu Nebenkosten, Ausweichquartieren und den Größenordnungen der Kosten für notwendige Maßnahmen sowie optionalen Erweiterungen beantwortet worden seien. Herr Kanning hebt hervor, dass das Amtsgebäude aus dem Jahr 1993 stamme und ursprünglich für das Amt Lützwow errichtet worden sei. Nach der Fusion mit dem Amt Lübstorf im Jahr 2005 sei die Anzahl der Personen im Gebäude gestiegen, was zu einem erhöhten Platzbedarf geführt habe. Zudem habe sich die Arbeitsstruktur verändert, da viele Mitarbeiter in Teilzeit tätig seien, was zu einem höheren Bedarf an Arbeitsplätzen führe.

Herr Björn Kanning verweist auf eine Machbarkeitsstudie aus dem Jahr 2023, die von Herrn Kötzing erstellt wurde. Diese habe drei Varianten untersucht: eine reine Umbauvariante, eine An- und Umbauvariante sowie eine Neubauvariante. Der Amtsausschuss habe sich aus Kostengründen und inhaltlichen Überlegungen für die An- und Umbauvariante entschieden. Herr Kanning betont, dass ein Großteil der entstehenden Kosten, etwa 65 bis 70 Prozent, auf gesetzliche Pflichtmaßnahmen wie Brandschutz, Barrierefreiheit, Arbeitsschutz und Energieeffizienz entfalle. Er führt aus, dass das Amtsgebäude bei einer Wärmebildkamera-Untersuchung schlecht abgeschnitten habe.

Herr Björn Kanning erläutert, dass in der Kostengruppe 700 der Machbarkeitsstudie Nebenkosten in Höhe von 500.000 Euro, darunter 100.000 Euro für Containerlösungen, vorgesehen seien. Allerdings werde man voraussichtlich keine Container benötigen, da der Umbau abschnittsweise erfolgen könne und durch erweiterte Homeoffice-Regelungen zusätzliche Auslagerungen vermieden würden.

Herr Hansjörg Rotermann äußert Kritik an der bisherigen Kommunikation und Maßnahmen zur finanziellen Lage der Landkreise und Gemeinden. Er bemängelt, dass keine aktiven Schritte unternommen worden seien, um die finanzielle Situation zu verbessern, und fordert eine stärkere Artikulation der Problematik. Herr Jörg Haase entgegnet, dass er der Mitgliederversammlung des Städte- und Gemeindetages nicht vorgeifen wolle. Herr Björn Kanning ergänzt, dass der Städte- und Gemeindetag im regen Austausch mit der Landesregierung stehe und aktiv an Lösungen arbeite. Er verweist auf Beispiele aus anderen Bundesländern, wie Thüringen, wo das Land eine Milliarde Euro aufgenommen habe, um die Kommunen zu unterstützen. Herr Jörg Haase betont, dass der Städte- und Gemeindetag und der Landkreistag mittlerweile mit einer Stimme gegenüber dem Land sprechen, was als Erfolg zu werten sei.

Abschließend geht Herr Jörg Haase auf das Gebäude in der Pokrenter Straße 3 B ein, das derzeit teilweise als Bauarchiv und teilweise von einem Pflegedienst genutzt werde. Er informiert, dass die Sanierungskosten für das Gebäude bei etwa 1,15 Millionen Euro lägen, während ein Neubau etwa 600.000 Euro kosten würde. Die Aufschlüsselung der Kosten werde dem heutigen Protokoll als Anlage (Anlage 3) beigelegt. Die zukünftige Nutzung des Gebäudes solle in einer der nächsten Sitzungen des Amtsausschusses oder der AG Haushalt diskutiert werden.

TOP 9	Vorstellung Fachdienst II - Finanzen	
--------------	---	--

Herr Pflughaupt stellt den Fachdienst zwei anhand der Präsentation (Anlage 4) vor.

TOP 10	Entwurf des Haushaltsplanes 2026 für das Amt Lützow-Lübstorf	20/FD II/116/2025
---------------	---	------------------------------

Herr Martin Pflughaupt erläutert die wesentlichen Änderungen im Haushaltsentwurf. Er stellt die Aufwendungen für 2025 und 2026 im Vergleich dar. Die Personalkosten würden von 3.531.700 Euro im Jahr 2025 auf 3.587.200 Euro im Jahr 2026 steigen. Die Sach- und Dienstleistungen würden von 266.800 Euro auf 393.500 Euro ansteigen. Die Abschreibungen würden sich von 547.800 Euro auf 647.100 Euro erhöhen, während der Zinsaufwand von 42.000 Euro auf 40.500 Euro sinken würde. Die sonstigen Aufwendungen würden von 877.300 Euro auf 686.100 Euro zurückgehen. Insgesamt verringere sich die Summe der Aufwendungen von 4.765.600 Euro auf 4.754.400 Euro, was einer Reduktion um 0,24 % entspreche.

Herr Claus Wergin fragt nach den Gründen für die Verringerung der Aufwendungen. Herr Martin Pflughaupt erklärt, dass die Reduktion unter anderem auf geringere Investitionen in Anlagegüter und eine leichte Senkung des Zinsaufwands zurückzuführen sei. Er führt weiter aus, dass die tarifliche Erhöhung der Personalkosten um 2,8 % ab Mai 2026 sowie Stufenaufstiege und Sonderzahlungen für bestimmte Entgeltgruppen berücksichtigt worden seien. Zudem sei eine dreimonatige Doppelbesetzung für die Einarbeitung einer Sachbearbeiterstelle eingeplant.

Herr Martin Pflughaupt informiert über eine geplante Kostenerstattung für Löhne und Gehälter bei der Amtsfeuerwehr in Höhe von 13.000 Euro. Diese sei für den Lohnausgleich der Führungsgruppe des Amtes vorgesehen, die aus 15 Personen bestehe und an einem zweitägigen Seminar teilnehmen solle. Zudem sei eine Erhöhung um 30.000 Euro für die Erstellung eines digitalen Straßenkatasters eingeplant, das ab 2026 verpflichtend sei.

Herr Hansjörg Rotermann äußert Kritik an der Darstellung der Haushaltszahlen und fordert, dass auch Ist-Zahlen der vergangenen Jahre in die Planung einbezogen werden sollten, um eine Entwicklung nachvollziehen zu können. Herr Martin Pflughaupt entgegnet, dass die Ist-Zahlen in den Sitzungsunterlagen enthalten seien und betont, dass die Personalkosten aufgrund von tariflichen Vorgaben und Stellenplänen nicht flexibel seien. Herr Jörg Haase unterstützt diese Aussage und hebt hervor, dass die Verwaltung verpflichtet sei, die Planzahlen auf Basis der aktuellen Gegebenheiten zu erstellen.

Herr Tino Waldruff schlägt vor, die Ist-Zahlen der letzten drei Jahre zusammen mit den besetzten Stellenanteilen und relevanten Hinweisen zu erarbeiten und den Mitgliedern des Amtsausschusses zur Verfügung zu stellen. Herr Martin Pflughaupt sichert zu, diese Informationen nachzureichen.

Herr Martin Pflughaupt stellt die geplanten Investitionen für 2026 vor. Der größte Posten sei der Um- und Anbau des Verwaltungsgebäudes, für den Kredite in Höhe von 1,5 Millionen Euro im Jahr 2026 und 1 Million Euro im Jahr 2027 eingeplant seien. Eine Förderung in Höhe von 600.000 Euro sei möglich. Weitere Investitionen umfassen die Erneuerung der Heizungsanlage im Bauamtsarchiv, die Beschaffung eines neuen Servers sowie die Anschaffung von zwei Anhängern für die Einsatzstellenhygiene der Feuerwehr.

Herr Claus Wergin erkundigt sich nach der Finanzierung der Kredite und den daraus resultierenden Belastungen für die Gemeinden. Herr Martin Pflughaupt erklärt, dass die Tilgung und Zinsen von etwa 15.000 Euro pro Jahr pro Gemeinde anfallen könnten, betont jedoch, dass die genauen Zahlen von den tatsächlichen Baukosten und den Zinsen abhängen. Herr Jörg Haase schlägt vor, dass die Arbeitsgruppe Haushalt die Investitionen und deren Finanzierung detailliert analysieren und eine Empfehlung für den Amtsausschuss erarbeiten solle. Man einigt sich jedoch auf eine weitere Bürgermeisterberatung am 18.11.2025 zu dieser Sache.

TOP 11 Bericht des Leitenden Verwaltungsbeamten

Herr Björn Kanning berichtet über verschiedene Themen aus der Verwaltung. Er informiert über die geplanten Entgeltverhandlungen für die gemeindlichen Kitas, die Einführung der Care App zur digitalen Kommunikation zwischen Eltern und Einrichtungen sowie über zunehmende Elternbeschwerden und Klageverfahren im Kita-Bereich. Er regt an, dass die Gemeinden eine Mitgliedschaft im Kommunalen Arbeitgeberverband in Betracht ziehen sollten, um Rechtsschutzkosten zu minimieren.

Herr Kanning berichtet zudem über Fortschritte bei der Digitalisierung, darunter die Veröffentlichung von Protokollen im Bürgerinformationssystem und die geplante Einführung einer elektronischen Mitzeichnung von Beschlussvorlagen durch die Bürgermeister. Er informiert über die bevorstehende Bürgermeisterwahl in Schildetal am 18. Januar 2026 und die Landtagswahl im September 2026.

Abschließend weist Herr Kanning auf die Vogelgrippe hin, die derzeit zu vermehrten Fällen von verendeten Vögeln führe, sowie auf die Notwendigkeit, bei gemeindlichen Herbstfeuern die Vorschriften zur Abfallentsorgung einzuhalten. Er berichtet über die Teilnahme an einem Dialogforum zu Hochwasser, Starkregen und Klimaanpassung sowie an einem Workshop zur

Kriseninfrastruktur. Zudem informiert er über die geplante Kündigung des Solarkatasters, da die Kosten für eine Verlängerung nicht mehr im Verhältnis zur Nutzung stünden.

Jörg Haase
Amtsvorsteher des Amtes Lützow-Lübstorf

Kathrin Ahrens
Protokollantin